

Prien verbietet ihrer Behörde Gendersprache mit Gender*Stern und Binnen-I

30. Juni 2025 //

Die neue Bundesministerin für Bildung und Familie sowie Frauen Karin Prien (CDU) hat die Mitarbeiter:innen ihrer Behörde angewiesen, künftig das Gender*sternchen, Binnen-I oder ähnliche Ansätze zu einer gendergerechten Sprache zu unterlassen. In einer Dienstanweisung, über die zuerst bezeichnenderweise die BILD-Zeitung berichtete, verlangt die Ministerin, sich künftig an die Regeln der deutschen Rechtschreibung zu halten. Der "Kampf gegen die Gender-Sprache" ist ein besonderes Anliegen nicht nur der BILD-Zeitung, sondern auch der Unionsparteien.



Prien bei der Bundestagsdebatte am 15. Mai (Livestream BTG)

Bereits als Ministerin in Schleswig-Holstein hatte die damalige Bildungsministerin 2021 den Schulen die Verwendung von Gender*sternchen und ähnlichen Schreibweisen verboten und unter Hinweis auf die Länderzuständigkeit klargestellt, dass in den Schulen die geltende deutsche Rechtschreibung anzuwenden sei. Sternchen seien insofern als Rechtschreibfehler zu bewerten.

In ihrer jetzigen Begründung zum Verbot der Gender-Sprache in ihrem Ministerium wird Prien von mehreren Medien mit der Aussage zitiert, es sei zwar

die Aufgabe des Ministeriums, „auch für all jene Politik zu machen, die zu oft und wieder zunehmend an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden“. Dies solle aber nicht aus dem Blickwinkel von Gender-Aktivistinnen geschehen, sondern „aus der Sache heraus für das Recht jeder einzelnen Person.“ In der Hausanweisung erinnert Prien ihre Mitarbeiter:innen daran, dass sie den Bürger:innen gegenüber verpflichtet seien, in „Kommunikation und Umgang adressatengerecht“ vorzugehen. Allein Formulierungen wie beispielsweise „Lehrerinnen und Lehrer“ sollen noch möglich sein.

Auch Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (CSU) hatte bereits am 13. Mai, kurz nach ihrer Ernennung zur Ministerin, in der BILD-Zeitung verkündet, mit ihr sei ein "Gender-Zwang" nicht zu machen. Sie sei schon immer gegen Binnen-I und Gender-Sternchen gewesen, wie sie "völlig unnatürlich" seien. In den letzten Jahren hatten die Unionsparteien, angetrieben durch den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) den Kulturmampf gegen die Gender-Sprache zu einem Hauptangriffspunkt gegen den Grünen und die SPD hochstilisiert.